IWH-Pressemitteilung 79/2009

Halle (Saale), den 22. Dezember 2009



Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Mittelfristprojektion:

Wirtschaftsentwicklung und Staatsfinanzen – Eine Vorausschau der Jahre 2010 bis 2014

Im Jahr 2009 rutschten die öffentlichen Haushalte in Deutschland tief in die roten Zahlen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt lag das Defizit bei 3,1%. In der öffentlichen Diskussion nimmt diese Entwicklung wie auch die Notwendigkeit zur Konsolidierung breiten Raum ein. Um diese Diskussion auf eine fundierte Grundlage zu stellen, ist eine über die kurzfristige Prognose hinausgehende mittelfristige Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung und des Staatshaushalts hilfreich und notwendig.

Eine Vorhersage der Wirtschaftsentwicklung in der mittleren Frist ist dabei grundsätzlich schwierig – auch wenn die Unsicherheiten nunmehr geringer sind als noch vor Jahresfrist. Dennoch sind die Folgen der Finanzkrise – insbesondere auch im Hinblick auf die Entwicklung des Produktionspotenzials – nur schwer abzuschätzen.

Die Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung in der mittleren Frist geht davon aus, dass von der Finanzkrise keine erneuten Schockwellen auf die Weltwirtschaft ausgehen werden und dass sich die deutsche Wirtschaft nach dem starken Einbruch im Jahr 2009 erholt. Die Produktionskapazitäten sind jedoch nach wie vor unterausgelastet. Zudem wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu Beginn des Projektionszeitraums deutlich verschlechtern – mit entsprechenden Konsequenzen für die inländische Nachfrage. Erst in den Jahren 2011 bis 2014 wird die Wirtschaft wieder stärker wachsen.

Bei dieser Wirtschaftsentwicklung – aber auch aufgrund der vorerst noch recht expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik – werden die öffentlichen Haushalte in den Jahren 2010 und 2011 weiter deutlich unter Druck geraten. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt steigt das Defizit noch einmal kräftig an – bis auf gut 5%. Unter der Annahme, dass die Finanzpolitik keine neuen expansiven Maßnahmen ergreift, werden sich die Fehlbeträge in den Jahren 2012 bis 2014 – konjunkturbedingt – zwar wieder zurückbilden; am Ende des Projektionszeitraums liegt das Defizit nach der hier vorgelegten Schätzung aber immer noch bei 2½%. Zu diesem Zeitpunkt dürfte die Produktionslücke geschlossen sein. Das im Endjahr ausgewiesene Defizit ist somit der Natur nach strukturell; in diesem Umfang liegt eine permanente Unterdeckung der Ausgaben vor. Einer nachhaltigen Finanzpolitik entspricht dies nicht.

Will die Finanzpolitik ihre selbst eingegangene Verpflichtung erfüllen und – wie es die Schuldenbremse fordert – die strukturelle Defizitkomponente auf maximal 0,35% in Relation zum nominalen BIP zurückführen, so errechnet sich nach der hier vorgestellten Projektion ein notwendiges Einsparvolumen von knapp 60 Mrd. Euro. Wird im Jahr 2011 mit der Konsolidierung begonnen und soll die strukturelle Defizitquote im Jahr 2016 bis auf 0,35% zurückgeführt worden sein, müssten durchschnittlich elf Mrd. Euro pro Jahr eingespart werden. Dies ist ambitioniert, keinesfalls aber aus-

Sperrfrist:

22. Dez. 2009, 12:00 Uhr

Pressekontakt:

Tobias Henning Telefon: + 49 (0) 345/7753-720 E-Mail: presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Kristina van Deuverden Telefon: + 49 (0) 345/7753-735 E-Mail: kdn@iwh-halle.de

Rolf Scheufele Telefon: + 49 (0) 345/7753-728 E-Mail: rse@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innem (BMI), Bundeskanzleramt

Wissenschaftliche Schlagworte:

Konjunktur, Prognose, Finanzmärkte, Öffentliche Finanzen, Geldpolitik, Finanzpolitik, Weltwirtschaft, Deutschland, Ostdeutschland, Arbeitsmarkt

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8 06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 7753-60 Fax: (0345) 7753 820 http://www.iwh-halle.de sichtslos. Will die Finanzpolitik Steuerentlastungen oder Ausgabensteigerungen umsetzen, muss der Spielraum hierfür zusätzlich erwirtschaftet werden.

Tabelle: Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2014¹

	2009	2010	2011	2012 bis 2014 ²
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Private Konsumausgaben	0,4	0,0	1,2	1
Konsumausgaben des Staates	2,9	1,5	0,9	1 1/4
Bruttoanlageinvestitionen	-8,2	2,3	0,6	2 1/4
Exporte	-14,3	8,4	6,6	7 ½
Importe	-8,4	6,2	6,2	6 ½
Bruttoinlandsprodukt	-4,8	1,9	1,8	2
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	-3,4	2,3	2,4	3
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Erwerbstätige (Inland)	0,0	-1,8	-0,6	1 ½
Erwerbslosenquote	7,5	8,7	9,0	81/2
	in % zum nominalen BIP			
	2009	2010	2011	2014
Finanzierungssaldo des Staates	-3,1	-5,0	-5,1	-21/2

¹ Datenstand: 14.12.2009 - ² Durchschnittliche Entwicklung.

In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf 1/4-Punkte gerundet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Veröffentlichung:

VAN DEUVERDEN, KRISTINA; SCHEUFELE, ROLF: Wirtschaftsentwicklung und Staatsfinanzen: Eine Vorausschau der Jahre 2010 bis 2014, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2010.

Wissenschaftliche Ansprechpartner:

Kristina van Deuverden

Tel.: + 49 (0) 345/7753-735, E-Mail: Kristina.vanDeuverden@iwh-halle.de

Rolf Scheufele

Tel.: + 49 (0) 345/7753-728, E-Mail: Rolf.Scheufele@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Tobias Henning

Tel.: +49 (0) 345/7753-720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen "Von der Transformation zur europäischen Integration". Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.